Hansestadt Rostock

Vorlage-Nr: Status

2014/AN/0203 öffentlich

Antrag	Datum:	10.09.2014
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft		

Vorsitzende der Fraktionen UFR/FDP, DIE LINKE., CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Rostocker Bund/Graue/Aufbruch 09 Änderung der EntschVO M-V für Ortsteilvertretungen

Beratungsfolge:

Datum Gremium Zuständigkeit
01.10.2014 Bürgerschaft Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gegenüber der Landesregierung auf eine Änderung der Entschädigungsverordnung (EntschVO M-V) bezüglich der Entschädigung für Sitzungen der Ortsbeiräte auf eine Obergrenze von € 40,00 hinzuwirken.

Sachverhalt:

Bei der Neugestaltung der Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Funktionen in der Hansestadt Rostock, wurden in den Vorschlägen der politischen Gremien die Beträge unter Beachtung der Angemessenheit und innerhalb der vorgegebenen Grenzen angehoben. Bei den Mitgliedern der Ortsbeiräte wäre ebenfalls eine Anhebung der Entschädigung verhältnismäßig und notwendig. Der § 14, Abs. 7 der EntschVO M-V, lässt dies in seiner jetzigen Form nicht zu.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

gez. Dr. Dr. Malte Philipp gez. Eva-Maria Kröger gez. Berthold Majerus Fraktion UFR/FDP Fraktion DIE LINKE CDU-Fraktion

gez. Dr. Steffen gez. Simone Briese-Finke gez. Dr. Sybille Bachmann Wandschneider Fraktion BÜNDNIS 90/ Fraktion Rostocker Bund/ Graue/Aufbruch 09

Ausdruck vom: 18.09.2014